

Anschnallen, losfahren – nur wohin?

»Stillstand braucht Bewegung wie Huhn Ei« (Spillsbury)

Bedenkt man die üblichen Halbwertszeiten der antifaschistischen Bewegung, ist der Antifaschistische Kalender ein unverschämt altes Projekt, eine Art Saurier. Die AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation), das BAT (Bundesweites Antifa Treffen), die so genannte Organisationsdebatte waren noch nicht erfunden und der Kalender ging schon in sein drittes Erscheinungsjahr. AA /BO und BAT lösten sich auf, der Antifaschistische Kalender erschien weiter und erscheint immer noch. Zum Beispiel für weitere Strömungen, die noch kommen und wieder gehen. So könnte man denken, wenn von einem Projekt die Rede ist, das allen offen stehen, sie vielleicht repräsentieren, in jedem Fall aber politisch aufeinander beziehen soll. Langsam wird das erklärungsbedürftig, denn diese gegenseitige Bezugnahme – ohnehin immer schon eine wacklige Konstruktion – ist heute kaum mehr die Realität von Gruppen, die Antifapolitik machen. Ihr Alltag besteht statt dessen oft genug darin, die eigene Praxis meist relativ isoliert, allenfalls lokal eingebunden, entwickeln zu müssen. Alltag bedeutet auch, intensiv mit internen Abgrenzungsdebatten beschäftigt zu werden, Alltag ist manchmal sogar, andere ihres nur so genannten Antifaschismus zu überführen. Alles schon einmal irgendwie da gewesen, nie aber eingebettet in eine derartige Sinnkrise wie heute. Und in dieser Krise stellen sich Fragen von Gewicht: was hält uns zusammen? Was beinhaltet antifaschistische Theorie und Praxis? Was und wer ist links? Wer ist wir? Mit dem Zusammenbruch der antifaschistischen Bewegung, wie wir sie kennen, haben diese Fragen auch das Kalenderprojekt erreicht. Sich als »strömungsübergreifend« zu definieren, war mal einfacher und vor allem einleuchtender. Sicher ist dem Kalender dabei in den vergangenen Jahren genau das entgegengekommen, was so trügerisch und doch so wahr als gemeinsame Identität und geteilte Idee bezeichnet wird. War da was? Es war, denn autonomer Antifaschismus stellte einige essentielle Ideen und Wahrheiten zur Verfügung, die eine solche Identität begründeten. Zunächst einmal hieß autonomer Antifaschismus, sich – oft nicht ohne Erfolg – gegen die Bedrohung durch Neonazis zur Wehr zu setzen, Verhältnisse nicht hinzunehmen, die als falsch und oftmals mörderisch wahrgenommen wurden. Autonomer Antifaschismus hieß, Widerstand gegen die gesellschaftliche Integration und Normalisierung rechter Positionen zu leisten. Er war dabei handgreiflich und entschlossen. Das hat keinen Nazi überzeugt, aber viele Nazis werden bestätigen können, wie nachhaltig die persönlichen Erfahrungen mit der Antifa waren. Sie bestätigen das im Grunde auch heute noch, nachträglich, wenn sie in der Parole »Antifa Ha Ha Ha« erleichtert kollektiv ausatmen. Und selbst ihre penetranten Aneignungsversuche linker, antifaschistischer Symbolik machen vor allem eins deutlich: die Neonaziszene ist bis heute mit einer bizarren Bewunderung für ihre hartnäckigen GegnerInnen ausgestattet, neidisch auf eine politische Praxis, die sie als erfolgreich wahrnimmt. Das ist ihr persönliches Problem. Wichtiger ist: autonomer Antifaschismus hat den Nazis Angst eingejagt und das war gut so.

Darin hat er sich – auch wenn das selbst mancher Beteiligter zuweilen gedacht haben mag – jedoch nicht erschöpft. Autonomer Antifaschismus war auch auf einer anderen Ebene beharrlich. Dort, wo das Problem gesellschaftlich nicht wahr genommen wurde und werden wollte, trug er spätestens ab Anfang der 90er Jahre dazu bei, gesellschaftlichen Druck aufzubauen, zu sensibilisieren, zu skandalisieren. Und war damit in einem ganz direkten und erfahrbaren Sinne oppositionell, weil er auf eine Gesellschaft und auf einen politischen Apparat stieß, die von den Problemen nichts wissen wollten, weil sie selbst Teil des Problems waren. Hinter dem autonomen Antifaschismus lag dabei die Rückbindung auf die Vorstellungen und Lebensentwürfe der autonomen Bewegung, vor ihm standen ignorante Bürgerinnen und Bürger, bornierte Politiker und nicht zuletzt: die Polizei.

Militanz, ein mehr oder weniger deutlicher Bezug auf die undogmatische linksradikale Bewegung und sehr wenig Verbündete: mit diesen Eckpunkten sind wesentliche Charakteristika der Bewegung genannt. Und die Probleme gleich mit dazu. Das erste Problem: die recht ausgeprägte Neigung, die körperliche Auseinandersetzung mit den FaschistInnen zu suchen. Sie trug auch dazu bei, Politik oftmals nur noch unter dem Gesichtspunkt der Stärke zu betrachten. Eine Sichtweise, die ohnehin zweifelhaft ist, in dem Moment, wo die Kräfteverhältnisse sich zu den eigenen Ungunsten verschieben, verstärkt sie die Krise allerdings noch um ein Vielfaches. »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft«. Das war ja nicht einfach nur eine Parole, sondern auch eine realistisch gemeinte Zielbestimmung. Sie konnte allerdings nur Teil einer »erfolgreichen« Politik sein, so lange die bundesdeutsche Szenerie von Neonazis sich einem organisiert und übersichtlich präsentierte und so lange polizeiliches Handeln entsprechende Möglichkeiten überhaupt eröffnete. Naziaufmärsche in hermetisch abgeriegelten Stadtgebieten, großflächige Versammlungsverbote und massenhafte Ingewahrsamnahmen – die zunehmend perfektionierten Polizeistrategien der letzten Jahren haben auch hier die Grenzen antifaschistischer Konfrontationspolitik aufgezeigt.

Das zweite Problem: der Zerfall der autonomen Bewegung. Die autonome Antifa der 90er Jahre nahm eine Reihe von Gestaltungselementen und inhaltlichen Momenten der autonomen Bewegung auf, allerdings oft

genug vor allem auf der Erscheinungsebene. Soziale Utopien, der Versuch, tatsächlich Gegengesellschaften auszubilden, all dies spielte für den autonomen Antifaschismus keine Rolle. Hatte er auch in seinen inhaltlichen Begründungen für antifaschistische Politik bis dato vor allem aus den Identitätskonzepten der autonomen Bewegung geschöpft, so wurde er nunmehr vollständig zum Abwehrkampf.

Das dritte Problem: er musste zum Abwehrkampf werden. Ab den 1990er Jahren – jenen Jahren, in denen Rassismus und Nationalismus sich als Erscheinungsformen nicht nur vom organisierten Rechtsextremismus emanzipierten, sondern darin auch ihre bis dahin vorhandene relative gesellschaftliche Stigmatisierung verloren – agierte die Antifabewegung zunehmend und mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in einer Rolle irgendwo zwischen »alternativem Verfassungsschutz« und demokratischer Ersatzöffentlichkeit. Sie nahm damit objektiv auch Aufgaben wahr, die sie gar nicht wahrzunehmen beabsichtigte. Und so kam es zu der Kuriosität, dass diejenigen, die am engagiertesten gegen Neonazis vorgingen, die oft ziemlich allein die letzten Reste einer eigentlich selbstverständlichen Zivilität verteidigten, oft ziemlich junge und meist ziemlich staatsferne Leute waren. Und weil man oft genug allein stand – bewaffnet mit dem Flugblatt vor dem Neonazistand in der Fußgängerzone, mit dem Megaphon vor dem rechten Aufmarsch, – bildete sich eine neue Identität aus, die gleichzeitig diese beiden Merkmale widerspruchsvoll in sich vereinigte und vereinigen musste.

Autonomer Antifaschismus beharrte nunmehr gleichzeitig darauf, mehr zu sein als nur gegen Nazis, während seine Praxis oft genau darin bestand – und bestehen musste – nur gegen Nazis zu sein. Und diese Praxis wurde doppelt aufgeladen. Der Anspruch lautete: wer die Nazis bekämpfen will, muss auch den Staat bekämpfen, der sie gewähren lässt, der ihnen den Boden bereitet, der von ihnen profitiert. Die Praxis hieß: die Verhinderung eines Nazi-Aufmarsches ist damit gleichzeitig auch ein Statement gegen den Staat, der ja schließlich in Form der Polizei den Nazis den Weg frei machen wollte. Faktisch allerdings kann man auch festhalten, dass sich die Gegnerschaft zum Staat trotz einiger Versuche, das Problem theoretisch in den Griff zu bekommen, eher simpel darüber begründete, dass man das Gewaltmonopol des Staates nicht achtete. Eines Staates, der sich nicht einfach nur unwillig zeigte, gegen neonazistischen Terror repressiv vorzugehen, sondern der eben als deutscher Staat – auf welche Art auch immer – seinen politischen Hintergrund im Nationalsozialismus und seiner Vernichtungspolitik findet und damit per se zu maximalem Misstrauen einlädt. Autonomer Antifaschismus, seine Stärke und Nachhaltigkeit in Deutschland, ist ohne diesen Umstand überhaupt nicht zu verstehen.

Kann man von Fehlern sprechen? Wohl kaum. Es klingt zwar immer gut, auf Fehler zu verweisen, weil es suggeriert, man wüsste jetzt, wie es besser ist oder gewesen wäre, tatsächlich weiß man aber genau das nicht. Was man gerade mal weiß: es hat in den letzten Jahren Verschiebungen gegeben.

Sie haben allerdings weniger auf einer praktischen Ebene stattgefunden, denn weder ist der reale Einfluss von Neonazis kleiner geworden, noch hat man angefangen, das staatliche Gewaltmonopol zu achten. Die Verschiebungen haben sich auf einer anderen Ebene ereignet. Man kann sich an dieser Stelle mit einer Skizze begnügen. Rechtsextremismus und Rassismus haben sich in den Jahren nach der Wiedervereinigung zunehmend als gesellschaftliche Phänomene verfestigt, die in relativer Unabhängigkeit vom organisierten Neonazismus auftreten können. Neben die deutlich angestiegene Zahl in Parteien oder Kameradschaften organisierter Neonazis ist eine unüberschaubare Szenerie getreten, in der rechtes Denken zum Lebensstil geworden ist, in der es längst nicht mehr organisierter Neonazis bedarf, oft nicht einmal mehr neonazistischen Terrors gegen anders Denkende, weil es schlichtweg keine anders Denkenden mehr gibt. Es gibt Orte und Landstriche, in denen ist es heute schlichtweg normal, rechts zu sein. Der Rechtsextremismus hat sich dabei vielerorts seiner Stigmatisierung entledigt und ist in seiner – vorgeblich subversiven – Variante zu einer Jugendkultur geworden. Jedes bekannte Konzept antifaschistischer Politik musste an diesen Veränderungen zunächst einmal scheitern. Die Isolierung des Neonazismus – einst das Ziel, aber eben auch oft genug schon die Ausgangsbedingung für autonomen Antifaschismus – gelang nicht mehr ohne weiteres.

Parallel zu diesem Druck von »unten« geriet das Konzept des autonomen Antifaschismus auch unter einen Druck von »oben«. Der Antifasommer 2000, viel belächelt, hat doch zur Herausbildung eines spezifischen staatlichen Antifaschismus beigetragen, der unter Legitimationsgesichtspunkten direkt mit der Antifabewegung konkurriert. Die einst zentrale Annahme planmäßigen und irgendwie funktional aufeinander abgestimmten Handelns zwischen Staat und Neonazis, erweist sich an diesem Punkt endgültig als theoretisch irreführend. Damit aber geht die schmerzhafteste Erfahrung einher, dass auch der Neonazismus in einer ganz bestimmten Weise eine Opposition zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der parlamentarischen Demokratie darstellen kann und darstellt. Was autonome Antifapolitik stellt? Eine gute – leider bislang nur ungenügend beantwortete Frage.

Die Verhältnisse in Stellvertretung der Nazis verprügeln zu können, heißt auch, den Gegner in erkennbarer Kontur anzutreffen. Die letzten Jahre haben diese Konturen verblassen lassen. Die Kontur des Neonazis, die Kontur eines deutschen Staates, der in struktureller, mentaler oder politischer Kontinuität zum Nationalsozialismus steht, die Kontur eines klar bestimmten Verhältnisses zwischen ihnen. Die antifaschistische

Bewegung ist an diesen Fragen gescheitert und hat sich in ihrem Scheitern in drei Elemente zerlegt, die besser Richtungen als Fraktionen genannt werden. Sie hat sich professionalisiert, banalisiert und essentialisiert.

Ihre Professionalisierung ist unübersehbar. Während die Mobilisierungsfähigkeit abgenommen hat, direkte Aktionen und Kampagnen weniger geworden sind, hat sich ein Bereich von antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit heraus gebildet, der irgendwo zwischen Bildungsarbeit und Journalismus angesiedelt ist. Hier wird mehr oder weniger deutlich an die Traditionen klassischer Aufklärung angeknüpft. Die Öffentlichkeit soll informiert und aufgeklärt werden, Betroffene – zum Beispiel Lehrer, Sozialarbeiter, Betriebsräte – sollen für den Umgang mit Neonazis sensibilisiert werden.

Die zweite Richtung hält weiter an einer typisch autonomen konfrontativen Praxis von Antifapolitik fest, allerdings unter weit gehendem Verzicht auf politische Perspektiven. Hier geht es oftmals tatsächlich um einen existentiellen Antifaschismus, um Fragen des Selbstschutzes oder um die Frage, ob Nazis damit rechnen können, widerspruchsfrei ihre Politik in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Die dritte Richtung formuliert Maximalpositionen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die wichtige Debatte um Antisemitismus und ihre zahllosen Nebenstränge auch als Versuch zu verstehen, neuen Formen politischer Klarheit zu gewinnen, größtmögliche Widerspruchsfreiheit zu erzeugen, einen gesellschaftlichen und theoretischen Ort zu schaffen, an dem man sich in größtmöglicher Entfernung und ihn größtmöglichem Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen aufzustellen meint. Hier ist dann plötzlich auch all das wieder möglich, was eigentlich theoretisch schon als gescheitert gelten kann. In der radikalen Absage an das Land steckt nämlich immer auch die Vorstellung eines irgendwie eng zusammenhängenden Verhältnisses zwischen Neonazis und offizieller deutscher Politik. Und es steckt darin natürlich auch eine radikale Absage an jede politische Praxis, die nicht zuerst einmal darauf setzt, in der Minderheit zu bleiben.

Man kann sich also fragen, wie diese Richtungen unter einem begrifflichen Dach zum Beispiel mit den Namen »autonomer Antifaschismus« zusammen zu fassen sind und die wenig erstaunliche Antwort lautet: gar nicht. Natürlich kann antifaschistische Selbsthilfe nicht auf theoretische Grundlegung verzichten und natürlich darf die Mobilisierung gesellschaftlicher Mehrheiten nicht darauf verzichten, gerade diese Mehrheiten und die von ihnen repräsentierten Verhältnisse zu kritisieren. Ob dies aber nicht ein völlig neues Projekt, eine vierte Richtung erfordert, wäre zu diskutieren. Die Zeit ist reif für einen Antifaschismus, der sich darauf konzentriert, menschenfeindliche Politik praktisch und theoretisch anzugreifen. Das ist nicht revolutionär. Es ist aber radikal, weil es immer auch nach den Bedingungen fragt, unter denen diese Politik entstehen kann und entsteht. Der Preis dafür ist inhaltliche Offenheit, die Fähigkeit, andere Positionen auszuhalten, was aber auch voraus setzt, eigene Positionen zu entwickeln. Ob es innerhalb einer solchen antifaschistischen Bewegung gelingt, revolutionäre Perspektiven zu entwickeln, also Perspektiven, die die jetzigen Verhältnisse überwinden wollen, ist eine andere Frage - aber glücklicherweise gleichzeitig zu beantworten.

Weitere Infos:

www.unrast-verlag.de

Textsammlung Antisemitismus

unter: <http://unrast-verlag.de/unrast,3,0,82.html>

Hier findet Ihr eine Auswahl von Grundlagentexten, Informationen sowie aktuelle Bücher zum Thema Antisemitismus.

Kalendergruppe

Antifaschistischer Taschenkalender 2005

256 S., 6,50 Euro

ISBN 3-89771-705-0

Seit sechzehn Jahren stets aktuell von undogmatisch aktiven Menschen aus der Bewegung gemacht, ist der Antifa-Kalender mittlerweile ein nicht wegzudenkender Begleiter sowohl für Einsteiger/innen als auch für die Erfahrenen unter den politisch Aktiven.